



KAPER BRIEF

PIRATENZEITUNG SAARLAND

UNTERTAN ODER SOUVERÄN?

PIRATEN-PROGRAMM

Der Landesparteitag berät
Seite 2

SENFSEITE

Jetzt geht's um die Wurst
Seite 3

WIR SIND AN BORD

Kandidaten stellen sich vor
Seiten 4-5

KERNPOSITIONEN

Was wollen die Piraten?
Seite 6

PIRATENMÄRCHEN

Dichtung und Wahrheit über
die Piratenpartei

Seite 8



Wahlkampf Ahoi!

Vorgezogene Neuwahlen im Saarland stellen die Piraten im Saarland vor bislang ungewohnte Herausforderungen. Es ist kaum zu glauben, für wie naiv die Spitzenkandidaten von CDU und SPD, Annegret Kramp-Karrenbauer und Heiko Maas, die saarländischen Bürger halten. Zunächst lässt die Ministerpräsidentin die von Anfang an merkwürdig anmutende Jamaika-Regierung platzen, um eine große Koalition mit der SPD einzugehen. Nach langen Verhandlungen kommt man dann zur Erkenntnis, dass CDU und SPD viele Gemeinsamkeiten finden, die Parteivorsitzenden jedoch die Legitimation einer großen Koalition nicht gefestigt sehen. Dass sich dennoch verbleibende Unstimmigkeiten durch Neuwahlen wegoperieren lassen, klingt abenteuerlich.

Heiko Maas erteilte bereits zuvor Oskar Lafontaine und seinen Linken bezüglich einer rot-roten Regierungskoalition eine klare Absage. Mit Hubert Ulrich hat er sowieso noch eine Rechnung offen. Die FDP scheint derzeit nicht in der Verfassung zu sein, politisch ernst genommen zu werden. Welche Option bleibt ihm noch?

Annegret Kramp-Karrenbauer hat Grüne und FDP aus der Regierung verbannt. Keine dieser Fraktionen könnte ihr Gesicht vor der Bevölkerung wahren, wenn nach der Wahl die gleichen Koalitionsgespräche erneut in Gang gesetzt würden. Eine Umarmung von Linke und CDU ist quasi unvorstellbar. Welche Option bleibt ihr noch?

Das Saarland steuert auf eine große Koalition von CDU und SPD zu. Einzig bei der Frage nach dem zukünftigen Ministerpräsidenten sollen die Wähler noch mitentscheiden dürfen. Die Piratenpartei Saarland vertraut darauf, dass sich die Wähler solche Spielereien nicht mehr gefallen lassen. Ein Einzug der Piraten ins saarländische Parlament wird neue Impulse setzen und helfen, den verkrusteten Filz im Landtag zu lösen.

Kaperbrief
Piratenzeitung Deutschland
ISSN 2191-3056
info@kaperbrief.org
www.kaperbrief.org



SAAR-PIRATEN FEILEN AM PROGRAMM

LANDESPARTEITAG stimmt über Schwerpunkte des Programms ab

Am 10. und 11. März veranstaltet die Piratenpartei Saarland ihre zweite Landesmitgliederversammlung in diesem Jahr. Die Piraten und Gäste – die wie bei allen Piratentreffen stets willkommen sind – erwartet im Bürgerhaus Saarbrücken-Dudweiler ein volles Programm. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen am 25. März 2012 werden die Diskussionen der vergangenen Monate um politische Positionen und Leitlinien für eine bessere Politik im Saarland in ein Wahlprogramm gefasst.

Unter dem Motto „Das Saarland braucht mehr Demokratie“ werden unter anderem Programmpunkte für eine transparente Politik und Verwaltung und eine Stärkung der demokratischen Partizipation der Bürger, eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung und eine vernünftige Energiepolitik zur Abstimmung stehen.

Vorbereitet wurden die Anträge, die jedes Mitglied direkt stellen kann, zumeist gemeinsam mit Hilfe der elektronischen Diskussionsplattform Piratenpad. Die grundsätzlich öffentliche Arbeit aller Parteimitglieder (und nicht wie in anderen Parteien nur von Delegierten) hat sich bewährt und stellt zugleich den Startpunkt für eine andere, basisorientierte, transparente und korruptionsresistente politische Arbeit dar.

Die Anträge für das neue Wahlprogramm enthalten Positionen zu spezifischen Themen aus vielen Politikbereichen, etwa zur Vereinfachung von Volksentscheiden und zur Einführung von elektronischen Petitionen auf Landesebene, zu Reformen in der Sozialpolitik wie bei den Regelungen für Mindestlohn und die Leiharbeit. Ein Antrag fordert auch die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die es bisher nur in Bremen und neuerdings in Brandenburg gibt.

FEHLENDES PROGRAMM?

Kritiker werfen der Piratenpartei gerne vor, dass ihr Parteiprogramm lückenhaft und nicht ernst zu nehmen sei. Dabei läuft die Entwicklung unseres Programms auf Hochtouren. Was sich langsam und zaghaft zu einer Art Programm zusammenfügt, ist eine Gemeinschaftsproduktion vieler Enthusiasten. Eigeninteressen und Lobbyismus besitzen dadurch keinen Einfluss, jedenfalls beachtlich weniger als es bei anderen Parteien der Fall sein dürfte.

Ein Blick in die sogenannten Grundsatzprogramme anderer Parteien offenbart interessanterweise, dass deren angeblich so schlüssige Gesamtkonzepte größtenteils aus Worthülsen ohne wirkliche Aussagekraft bestehen. So um-



CC-BY-SA: Lisavan

fasst das aktuelle CDU-Nachschlagewerk stolze 123 Seiten, während sich die altherwürdige SPD mit 79 Seiten begnügt. Im SPD-Manifest beginnt man erst auf Seite 20 mit den Zielen der sozialdemokratischen Politik unter dem Aspekt einer friedlichen und gerechten Welt. In Beschlüssen zur Steuerpolitik finden sich Forderungen und Ablehnungen gegenüber der Steuerpolitik der Regierungskoalition aus CDU/CSU/FDP, ohne tatsächliche Lösungsmodelle vorzustellen. Zum Teil revidiert man sogar Fehlentscheidungen während der eigenen Regierungsbeteiligung. Bei der CDU sucht man im Grundsatzprogramm vergeblich nach konkreten Lösungen. Das liest sich dann so: „Herausforderung unserer Zeit – Gestaltungsanspruch der CDU“. Innerhalb dieses Themenspektrums verliert man einige Worte über die bedrohte Schöpfung oder die gefährdete Sicherheit. Alles was dort geschrieben steht, ist weder neu noch müsste man es explizit erwähnen. Bei der CDU spricht man eher von Themen, die man beschreibt und erörtert. Interessant sind die entwickelten Thesen zu Menschenrechtsfragen. Setzt man die dort beschriebenen fundamentalen Gesichtspunkte und Ziele der Partei ins Verhältnis zur aktuellen Situation, so muss man zwangsläufig attestieren, dass die CDU den eigenen gesteckten Zielen zumindest in dieser Disziplin keineswegs gerecht wird. Demnach dürften keinerlei Waffenlieferungen jemals Deutschland verlassen dürfen, um nur einen Widerspruch zu nennen.

Angesichts der anderen Parteien, deren Programme meist leere Worthülsen bieten und deren Positionen bei veränderten Situationen flink in eine politische Kehrtwende münden, verkümmert jegliche Kritik an einem angeblich unvollständigen Programm der Piratenpartei als billige Polemik.

20.000 Mitglieder und kein Ende in Sicht.

Piraten verzeichnen unbremstes Wachstum

Die Piratenpartei Deutschland hat Anfang Januar 2012 die Marke von bundesweit 20.000 Mitgliedern geknackt. Allein im Jahr 2011 verzeichneten die PIRATEN 8.000 neue Mitglieder – ganze zwei Drittel mehr im Vergleich zum Vorjahr. Keine andere deutsche Partei kann ähnlich positive Zahlen für 2011 vorweisen. Die Piratenpartei baut ihren Status als wichtigste neue parlamentarische und politische Kraft in Deutschland damit weiter aus.



Der Erfolg der Piratenpartei ist auch das Ergebnis einer Vertrauenskrise in unser repräsentatives parlamentarisches System. Die Bürgerinnen und Bürger kämen doch nicht auf die Idee, nach mehr Beteiligung zu verlangen, wenn sie das Gefühl besitzen würden, dass in den Parlamenten noch das Volk vertreten wird.

Dabei rekrutieren sich die PIRATEN aus allen Gesellschaftsschichten. „Wenn ich mir unsere Mitglieder anschau, dann kommen diese aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Wir sind schon längst nicht mehr die so genannte Internet-Partei“, so Wilm Schumacher, Generalsekretär der Piratenpartei Deutschland. „Immer mehr Mitglieder arbeiten daran, unser politisches Programm auszubauen und die internen Strukturen und Abstimmungsprozesse zu verbessern.“

Personell gestärkt und mit einem geschärften politischen Profil starten die PIRATEN jetzt in die Wahlkämpfe zur Landtagswahl im Saarland und in Schleswig-Holstein.



JETZT GEHT'S UM DIE WURST

STATT LOHNDUMPING FORDERN PIRATEN GESETZLICHEN MINDESTLOHN Thomas Brück



Es geht um die Wurst und zwar in vielerlei Hinsicht. Das saarländische Traditionsunternehmen Höll wurde von der in Auflösung befindlichen Landesregierung mit 4,5 Millionen Euro aus

der Insolvenz gerettet. Der Kauf von Höll-Immobilien durch die landeseigene Saarland Bau und Boden Projektgesellschaft (SBB) ermöglicht zunächst den Fortbestand des Unternehmens, welches bereits im vergangenen Jahr auf staatliche Unterstützung angewiesen war.

Eine weitere Maßnahme zur Erhaltung des Unternehmens war die Entlassung von 100 Arbeitskräften, die nunmehr durch Leiharbeiter aus Rumänien ersetzt wurden. Ein gesetzlicher Mindestlohn wurde sowohl von der Bundesregierung als auch von der saarländischen Landes-

regierung stets hartnäckig abgelehnt. Lediglich einen verhandelbaren Mindestlohn zwischen Tarifpartnern zieht die Union in Erwägung. Dass Betriebe ohne gewerkschaftliche Anbindung hierbei auf der Strecke bleiben, findet augenscheinlich keine Beachtung. Lohndumping und Entlassungen sind die absehbaren Folgen.

Noch-Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer will eine Leiharbeitshöchstquote festlegen, um einem Problem zu begegnen, welches es mit einem gesetzlichen Mindestlohn gar nicht geben würde. Demzufolge müssten die



Unternehmen ihre Personalunterlagen gegenüber Behörden vollständig offen legen, damit mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand die Einhaltung dieser

undefinierten Quotenregelung überhaupt umgesetzt werden könnte. Hier trifft falsch verstandene Transparenz auf datenschutzbedenkliches Handeln.

Die Piratenpartei Saarland fühlt sich bestätigt, dass ein gesetzlicher Mindestlohn unverzichtbar ist, Arbeitnehmern menschenwürdig zu begegnen. Erst kürzlich konnte die Landesregierung die Abwanderung der Baumarktkette Praktiker vom Standort Kirkel nach Hamburg nicht verhindern. Mehr als 400 Arbeitsverhältnisse wurden in die Hansestadt verlegt oder wegrationalisiert.

Auch droht neues Ungemach bei der Deutschen Bahn im Saarland, weil der Streckenabschnitt zwischen Paris und Frankfurt an ein Unternehmen aus Italien veräußert werden soll.



CC-BY-SA: Tiegeltuf



**DIE REDAKTION KAPERBRIEF IST GESPANNT
AUF DEINE MEINUNG! SCHICK DEINEN SENF
AN: INFO@KAPERBRIEF.ORG**

BILDUNG MUSS GEFÖRDERT WERDEN Jasmin Karrenbauer



PD: Wilhelm Busch

Die Qualität einer Gesellschaft lässt sich deutlich an ihrem Bildungsstandard ablesen. Bildung ist ein wichtiger Rohstoff. Sie ist der Hauptbestandteil einer lebenswerten Zukunft und sie sichert den sozialen Frieden, sofern sie auf Chan-

cengleichheit aufgebaut ist. Eine Gesellschaft, welche ihre Mitglieder wertschätzt und gesunde soziale und wirtschaftliche Strukturen anstrebt und fördert, darf keinesfalls an der Bildungspolitik sparen. Bildung muss gefördert und sogar ausgeweitet werden, sowohl in der Vorschul- und Schulpolitik, als auch in der Erwachsenenbildung. Wir werden immer älter, das heißt, dass wir es uns nicht leisten können, auf fortwährende Weiterbildung zu verzichten. Unsere Welt wird durch den rasanten technischen Fortschritt täglich komplizierter und vielfältiger. Wir werden länger arbeiten müssen, um im Alter unseren Lebensstandard halten zu können. Um dem gerecht zu werden, muss Bildungspolitik sich den Wandlungen der Zeit anpassen und Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Altersgruppen der Bevölkerung berücksichtigen. Die Schulpolitik bedarf zudem einer Reform. Die starren Schulformen sind zum einen nicht mehr zeitgemäß und verhindern zum anderen eine echte Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen aus allen Gesellschaftsschichten.

4. Pavillon des Saarlandmuseums

Der 4. Museumspavillon wurde zum Synonym für verfehlte Politik, die am Wohle des Volkes vorbei regierte und ein merkwürdiges Gefühl von Korruption und Fehlplanung hinterlässt. Wozu benötigt man Partei- oder Wahlprogramme, wenn sich die Sachverhalte auch durch vernünftiges Handeln und einer verantwortungsvollen Selbstverständlichkeit ergeben? Auch hier hätte man ein Grab von 30 Mio. € sicher verhindern können, wenn Gier und Eigennutz der beteiligten Protagonisten durch transparente Politik unterbunden worden wären. In gewisser Weise erreicht man durch größtmögliche Transparenz einen notwendigen Selbstschutz. Unverständlich erweist sich die hochgradig zu beanstandende Fehlplanung und deren Verschleierung. Hier wurden desaströse Leistungen abgeliefert, die mit der Piratenpartei nicht hätten stattfinden können.



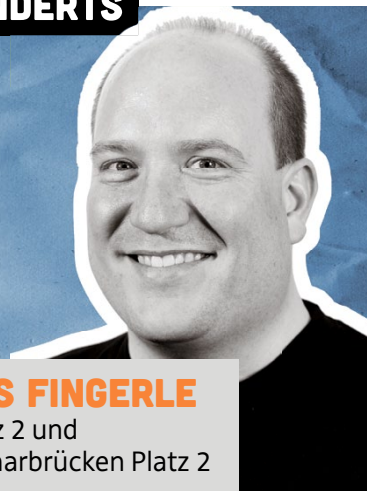
Die Piratenpartei Saarland wird sich für eine umfangreiche Aufklärung aller Sachverhalte einsetzen. Besonders in solchen Fällen, wo Untersuchungsausschüsse derartige dubiose Machenschaften untersuchen, kann die Piratenpartei Saarland im Landtag eine reinigende Wirkung erzielen.

DIE PIRATENPARTEI IST DIE **BÜRGERRECHTSPARTEI** DES 21. JAHRHUNDERTS

Uns deshalb als „Ein-Themen-Partei“ zu bezeichnen, wird der Sache nicht gerecht, da die Bürgerrechte das Fundament aller wichtigen Politikfelder sind: Ob wir über den Überwachungsstaat reden oder die Kriminalisierung breiter Bevölkerungsschichten durch die Urheberrechtslobby, aber auch bei Bildung, sozialer Absicherung und Transparenz staatlichen Handelns; immer handelt es sich um Themen, bei denen es um Menschen- und Bürgerrechte geht. Bürgerrechte sind das Fundament unserer Demokratie, deshalb verteidigen wir sie.

JAN NIKLAS FINGERLE

Landesliste Platz 2 und
Kreiswahlliste Saarbrücken Platz 2



FREIER ZUGANG ZU **BILDUNG**

Bildung ist das wichtigste Gut unserer Gesellschaft. Jeder Mensch muss den freien und kostenlosen Zugang zu Bildung genießen können, unabhängig von seinem finanziellen Hintergrund. Bildung beginnt bereits im Kindergarten und begleitet jeden einzelnen weiter über die Schule und Hochschule hinaus sein ganzes Leben. Daher setze ich mich gegen Kindergarten- und Studiengebühren jeder Art und für die Lernmittelfreiheit in Schulen ein.

MARC GROSSJEAN

Landesliste Platz 6 und
Kreiswahlliste Saarbrücken Platz 3



LIBRE ACCÈS

In unserer Wissensgesellschaft ist Bildung ein Grundrecht. Daher lehnen wir Studiengebühren ab. Staatlich geförderte Forschung soll allen frei zugänglich gemacht werden.

MICHAEL NEYSES

Kreiswahlliste Saarlouis Platz 1



VOLKSENTSCHEIDE **ERLEICHTERN**

Das Saarland ist das Bundesland mit den höchsten Hürden für Volksentscheide. Deshalb können Themen wie Stadtmitte am Fluss und der vierte Museumspavillon über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden. Die Piraten wollen die Mitsprachemöglichkeiten verbessern und den Bürgern wieder eine Stimme geben, die sie nicht nur einmal alle 5 Jahre abgeben können.

ANDREAS AUGUSTIN

Landesliste Platz 3 und
Kreiswahlliste Saarbrücken Platz 1



JUNGE POLITIKER FÜR MODERNE ZEITEN

Die Piraten wollen frischen Wind in den politischen Alltag des Saarlandes bringen. Sie hinterfragen Systeme und sind offen für neue Lösungswege. Sie erkennen die Chancen des Internets als Kommunikationsmedium und wollen dieses Medium zur Meinungsbildung und Meinungsfindung nutzen. Im Landtag setzen Sie sich für eine transparente Politik ein. Die Entscheidungsfindung und der Austausch der Argumente müssen in öffentlichen Diskussionen stattfinden, nicht hinter verschlossenen Türen. Korruption und Vetternwirtschaft gehören beseitigt, Ehrlichkeit und Transparenz verbreitet.



JASMIN MAURER

Landesliste Platz 1 und
Kreiswahlliste Neunkirchen Platz 2

MEHR BÜRGERRECHTE FÜR MEHR DEMOKRATIE

Die Piraten wollen die direkte demokratische Beteiligung leichter und verbindlicher gestalten. Mittels einer demokratischen Online-Plattform sollen alle Bürger die Möglichkeit haben, gemeinsam die politische Richtung zu diskutieren. Wir müssen die Bürger stärker in die Politik einbeziehen. Die Öffentlichkeit soll in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen von Sitzungen ausgeschlossen werden. Zeit, dass sich was dreht.



BERND NEY

Kreiswahlliste Saarlouis Platz 3

DAS ZIEL DER PIRATEN IST TRANSPARENTE POLITIK IM SAARLAND

Politische Entscheidungsfindung und der Austausch der Argumente werden nicht in Hinterzimmern stattfinden, sondern im öffentlichen Diskurs durch neue Beteiligungsverfahren für die Bürger, aber auch grundsätzlich öffentliches Tagen der Abgeordneten. Wir wollen ein vereinfachtes Petitionswesen und neue Demokratieplattformen im Internet, um die Mitarbeit der Bürger an der politischen Willensbildung zu fördern. Konsequente Beteiligung der Bevölkerung statt Abstimmen alle fünf Jahre.



MICHAEL HILBERER

Landesliste Platz 5 und
Kreiswahlliste Neunkirchen Platz 1

AM 25.MÄRZ „KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!“ UND PIRATEN WÄHLEN

Die von CDU und SPD „angedrohte“ Große Koalition ist für uns Saarländer nicht hinnehmbar, weil sie einen Stillstand bedeutet, den sich unser Land nicht leisten kann. Die Verschwendung von Steuergeldern muss gestoppt werden und die Konsolidierung des angeschlagenen Landeshaushaltes hat oberste Priorität!



GERD R. WEBER

Kreiswahlliste Neunkirchen Platz 3

KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!

Die folgenden Positionen bestimmen die Politik der Piratenpartei.



Datenschutz

Staat und Privatwirtschaft sammeln immer mehr personenbezogene Daten. Zum Schutz der Privatsphäre muss solch eine staatliche Sammelwut unterbunden werden.



Überwachung

Unter dem Vorwand der Kostenersparnis werden Maßnahmen eingeführt, die weder real noch gefühlt Sicherheit bringen. Wir fordern den Schutz der Unschuldsvermutung und das Ende pauschaler Verdächtigung und anlassloser Überwachung.



Bildung

Bildung ist ein Grundbaustein des demokratischen Rechtsstaates. Deshalb fordern wir freien und unbeschränkten Zugang zu Wissen, verbunden mit gleichen Bildungschancen für alle Bürger. Deshalb müssen Studiengebühren abgelehnt werden.



Transparenz

Politik wird von Lobbys gesteuert. Unternehmen beeinflussen Politiker und die Gesetzgebung maßgeblich. Diese Abhängigkeiten zwischen Unternehmen und Politikern müssen aufgedeckt werden. Abgeordnete sollen Nebentätigkeiten und daraus resultierende Einkünfte veröffentlichen.



Meinungs- und Informationsfreiheit

Dank des Internets hat der Meinungs- und Informationsaustausch Grenzen überwunden. Politiker fordern, diese Freiheit über das gesetzliche Maß hinaus zu begrenzen, auch wenn dadurch Grund- und Bürgerrechte eingeschränkt werden. Wir meinen, dass eine wirkliche Meinungsfreiheit nur möglich ist, wenn Staat und Internetanbieter keine Filter oder Sperrmechanismen einsetzen.



Pressefreiheit und Informantenschutz

Veröffentlichungen von streng geheimen Dokumenten haben Schlagzeilen gemacht – etwa über die Internetplattform Wikileaks. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag für Transparenz und Informationsfreiheit. Im Sinne einer freien Presse und einer informierten Gesellschaft mündiger Bürger wollen wir anonyme Informanten gesetzlich schützen.



Umwelt und Energie

Die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ist die Grundlage für eine Existenz in Freiheit. Dazu gehört der verantwortungsvolle Umgang mit Natur und Ressourcen. Aus diesem Grund lehnen wir Atomkraft ab. Wir sind für eine Vielfalt an zukunftsfähigen und dezentralen Energiekonzepten und gegen Monopole auf dem Energiemarkt.



Bedingungslose Teilhabe

Jeder Mensch hat das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist das wichtigste Gebot des Grundgesetzes. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.



Urheberrecht und Nutzungsrecht

Das Nutzungsrecht entfernt sich immer weiter vom Urheber und entwickelt sich zum reinen Verwerterrecht. Musik- und Filmindustrie profitieren, Nutzer werden kriminalisiert. Deshalb unterstützen wir neue Geschäfts- und Verwertungsmodelle, die Urhebern mehr Kontrolle über ihre Werke geben und die Rechte von privaten Nutzern und Kreativen stärken.



Mitmachdemokratie

Die Piratenpartei steht für einen neuen Ansatz in der Politik. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung der Bürger fördern und politische Prozesse transparent gestalten, auch in unserer eigenen Partei.

MIMI & EUNICE

[Sprich: Me-Me und You-Ness]
Open Content: Nina Paley
(Übersetzung: Redaktion)



DABEI SEIN STATT NUR DAGEGEN!

MISCH DICH EIN und unterstütze die Piraten

Anzeige

Von Großer Koalition bedrohtes Bundesland sucht DICH, m/w, für ein revolutionäres Date! Wenn Du Demokratie und Freiheit liebst und Dir Datenschutz und Transparenz wichtig sind, bin ich ganz Dein. Triff mich am 25.03. in der Wahlkabine und zusammen erforschen wir aufregende politische Wege...

IMPRESSUM

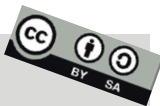
Kaperbrief – Piratenzeitung Saarland
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland LV Saarland,
vertreten durch die 1. Vorsitzende Jasmin
Maurer
Geschäftsstelle
Kaiserstr. 35
66121 Saarbrücken
kontakt@piratenpartei-saarland.de
Fax: 0681/37203499

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Thomas Brück, Stefan Gerecke,
Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch
Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright: Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



MITGLIED WERDEN

Die Piratenpartei funktioniert nicht vom Zuschauen, sondern nur durch rege Beteiligung. Wenn dir unsere Ziele auch am Herzen liegen, dann werde Mitglied und bringe dich ein. Voraussetzung dafür ist ein Mindestalter von 16 Jahren und ein Wohnsitz in Deutschland, die deutsche Staatsbürgerschaft ist nicht Voraussetzung.

Fülle bitte einen Mitgliedsantrag aus unter piratenpartei-saarland.de/mitglied-werden

Ausdrucken und per Post absenden:
Piratenpartei Saarland
PF 10 23 26
66023 Saarbrücken

Oder gib ihn persönlich ab bei einem Treffen oder in der Geschäftsstelle.

SPENDEN SIND RICHTIG – SPENDEN SIND WICHTIG

Du kannst auf verschiedenen Wegen helfen: Durch freiwillige Zahlung höherer Mitgliedsbeiträge, durch Spenden oder Zweckspenden. Mitglieder, die sich in der Lage sehen und bereit sind höhere Mitgliedsbeiträge zu zahlen, dürfen dies gern tun. Die Bundesfinanzordnung schlägt eine Spende in Höhe von 1% des Nettojahreseinkommens vor. Was denn jetzt, höherer Beitrag oder Spende?

Das Einkommensteuergesetz und das Finanzamt betrachten in Bezug auf die steuer- bzw. einkommensmindernde Wirkung sowohl Mitgliedsbeiträge als auch Spenden an Parteien als Zuwendungen. Denen ist das egal. Dem Beitragszahler kann es somit auch egal sein. Dem Landesverband aber nicht. Entscheiden musst du dich, PIRAT.

Die Spenden werden so aufgeteilt: 40% der Mitgliedsbeiträge gehen an den Bundesverband, 50% der Spenden ohne Zweckbindung gehen ebenfalls an den Bundesverband. ABER: 100% der Spenden mit Zweckbindung bleiben bei der einnehmenden Gliederung, also beim Landesverband Saarland und werden, wenn im Zweck angegeben dem jeweiligen Zweck / Budget „zugeführt“. Spendenzweck kann zum Beispiel sein „LV Saarland“ oder „Kaperbrief“ oder „Druck Flyer xy“ oder ein anderes Projekt.

Spenden können auf folgendes Konto überwiesen werden:

Empfänger:
Piratenpartei LV Saarland
Kontonummer: 6013477200
BLZ: 43060967
Bank: GLS Gemeinschaftsbank

IBAN: DE33430609676013477200
BIC: GENODEM1GLS

REDAKTEUR VOR ORT

Der Pressesprecher der Piratenpartei Thomas Brück im Saarland hat für den Kaperbrief die landesspezifischen Themen recherchiert und formuliert.



Open Content: Nina Paley, Text: Redaktion



CC-BY-ND: Dmitry Klmenko

PIRATENMÄRCHEN EIN KURZES Q&A



PIRATEN SIND DOCH UNREIFE NERDS, DIE NUR HINTER DEM COMPUTER SITZEN!

Aber im Einzelnen: Piraten sitzen oft vor dem Computer. Klar, das stimmt, auch weil viele von uns Jobs haben, die nur (noch) so funktionieren. Wer allerdings denkt, dass alle Piraten Informatiker, System-Administratoren oder Web-Designer sind, liegt ziemlich falsch. Fast alle Berufssparten sind bei uns vertreten: Unternehmer und bekennende Arbeiter, Freie Künstler und Verwaltungswissenschaftler, Sozialarbeiter und Juristen, Kriminologen und Journalisten, um ein paar Beispiele zu nennen.

Und dass wir „nicht hinter dem Computer vorkommen“ kann man dann wirklich nicht behaupten. Kaum eine andere Partei ist so aktiv, wenn es darum geht, Bürger aufzuklären, für unsere Überzeugungen auf die Straße zu gehen und andere Aktionen wie Live Theater, Flash Mobs und Petitionen zu machen. Unzählige Flyer, Transpis, Wiki-Seiten, Artikel und Pressemitteilungen werden dazu von Piraten erstellt, alles ehrenamtlich und in eigener Regie – „Mitmach-Partei“ ist bei uns nicht nur ein Label, sondern pure Realität.

Bleibt noch das „unreif“. Ja, wir sind eine junge Partei, aber vielleicht auch nicht so jung und unerfahren, wie man gemeinhin glaubt. Das Durchschnittsalter der Piraten beträgt aktuell 29 Jahre. Dabei ist die gesamte Bandbreite von 16 bis ins Rentenalter vertreten.



PIRATEN INTERESSIEREN SICH NICHT FÜR REALE GESELLSCHAFTLICHE PROBLEME.

Ganz im Gegenteil! Zuerst mal meinen wir, dass fehlende Transparenz und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Politik Themen sind, die sehr wohl reale Auswirkungen haben, wie man an Stuttgart 21 oder dem gekippten Atomausstieg gerade sehen konnte. Vieles, was heute schief läuft, könnte durch eine breitere Basis von Bürgern, die sich in die Politik einmischen, besser entschieden werden. Und dass dies mehr der Grundidee von Demokratie entsprechen würde, versteht sich von selbst. Seit etwa zwei Jahren arbeiten wir intensiv an der breiten Weiterentwicklung unserer Positionen auf Bundes- wie auf Landesebene. So haben wir für ein „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe (ReSET)“ sowie für das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) votiert, also ein Grundrecht auf eine unabdingbare Lebensgrundlage für Jeden, der in Deutschland lebt. Unserer Meinung nach stellt dies die einzig sinnvolle Alternative dar, wenn man sich nicht mehr der Illusion einer möglichen Vollbeschäftigung hingeben will. Und dem Problem „Arbeitsmangel“ damit zu begegnen, die betroffenen Menschen verwaltungstechnisch zu drangsaliieren, widerspricht nicht nur der Menschen- und Bürgerwürde, sondern bringt außer Kosten auch einfach nichts.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit weiteren Themenfeldern, insbesondere mit Bildung und Wissenschaft, Verwaltungsmodernisierung, Integration und Migration, Geschlechter- und Familienpolitik, Kulturpolitik, Staat/Religion und Suchtpolitik. Grundsätzlich wollen wir bei all unseren Positionen die größtmögliche Freiheit des Einzelnen fördern – ohne jedoch die Gesellschaft aus ihrer Verantwortung zu entlassen.



PIRATEN – WIE KOMMT IHR DENN ZU DIESEM NAMEN?

Dem Namen wohnt eine gewisse Selbstironie inne: Wir sind genauso Diebe und Räuber wie die aktuelle CDU christlich und die SPD sozial sind. Piraten werden sowohl als raubende und mordende Gesetzlose dargestellt wie auch als aufständische Rebellen, die sich gegen verbrecherische Gesetzgeber wenden. Der Begriff „Pirat“ polarisiert. Man kann nicht wirklich neutral zu ihm stehen. Und polarisieren ist genau das, was wir wollen.

Piraten finden Computer und das Netz toll, aber sie lieben die Freiheit!

MIMI and EUNICE
[spricht: Me-Me und You-Ness]
Open Content: Nina Paley
(Übersetzung: Redaktion)

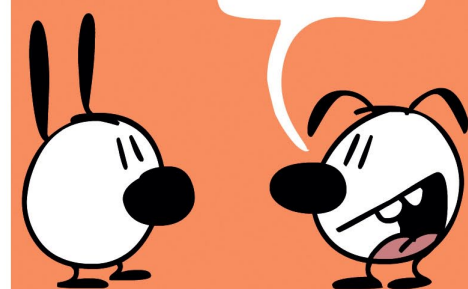
MEINE ERWARTUNGEN
SIND LANGSAM AUF
DEM NULLPUNKT.



IST DOCH
SPITZE!



DESHALB KANN ICH SIE
JA ALLE SO GUT
ERFÜLLEN!



Lass dich nicht veräppeln: Statt Politikverdrossenheit Piraten wählen!